

1964

Anfänge des tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels

ROBERT LORENZ, FRANZ WALTER

Inzwischen gilt 1968 in der Zeitgeschichtsforschung als eine Art Eruptionsjahr, in dem sich diverse Entwicklungen manifestierten, die bereits deutlich zuvor begonnen hatten – als Kulminationspunkt sozialen Wandels.¹ In diesem Zeitraum der späten 1950er bis Ende der 1960er Jahre, dem Prolog des Jahres 1968, sticht allerdings 1964 als ein besonders ereignisreiches Jahr hervor, in dem sich vieles von „68“ bereits andeutete. Freilich griffe die Behauptung zu weit, 1968 sei das soziopolitische Kondensat von 1964. Trotzdem verdichteten sich 1964 soziale und politische Phänomene zu einem Konglomerat gesellschaftlicher Modernisierung, wie vielleicht in keinem Jahr danach.

„DAS SCHWEIGEN“, NO BRA-BRAS UND DIE BEATLES – KULTURWANDEL

Mit Erstaunen stellten bereits zeitgenössische Beobachter fest, dass sich in Westdeutschland, getragen von den jungen Nachkriegskohorten, ein tiefgreifender Gesellschaftswandel ankündigte: „Wenn wir von Kleidung, Unterhaltung, Ver-

- 1 Vgl. exemplarisch Doering-Manteuffel, Anselm: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999; Herbert, Ulrich: Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: ders. (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980, Göttingen 2002, S. 7-49; Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2003.

haltensweise, Moral und Wünschen ausgehen, würden sich die jungen Deutschen fast überall zwischen Oslo und Rom zwanglos einfügen. [...] In Deutschland ist das Leben kosmopolitischer und urbaner geworden.“² Und nicht nur in dieser kulturellen Aufgeschlossenheit und Experimentierfreude meint man die späteren „68er“ zu erkennen: Die seinerzeit Jüngeren „versagen sich zwar einer Autorität, die sich nur formal zu begründen weiß, aber sie sehnen sich nach Menschen, die sie durch ihre Souveränität überzeugen und denen sie dann ihr ganzes Vertrauen schenken können. [...] Zweifellos wählen viele den Weg der Resignation, der sie zum Rückzug in den kleinen durchschaubaren Intimbereich verführt. Daneben aber mobilisiert jene Erfahrung eine erstaunliche Hingabe an die Suche nach Erkenntnis und Information. [...] Man will nüchtern und sachlich, redlich und unbestechlich Zusammenhänge und Hintergründe kennenlernen, denn man möchte sich auf keinen Fall mehr von fremden Autoritäten irgendeine Konzeption oder Ideologie, mit der die Welt erklärt werden soll, überstülpen lassen, sondern man will Boden unter die Füße bekommen und diesen Boden sich selbst in sachlichem Bemühen erobern.“³ Der Eindruck, dass es sich hierbei um prophetische Worte handelt, scheint durch soziologische Befunde bestätigt zu werden: Den in der Nachkriegszeit Aufgewachsenen, die keinerlei unmittelbaren Kontakt mehr mit NS-Organisationen hatten, waren klassische Autoritäten wie Eltern, Lehrer, Vorgesetzte oder die Kirche begründungspflichtig, von ihnen ließ sich kaum Gehorsam einfordern.⁴ Denn sie hatten sich durch ihre verschiedentlich geartete Mitwirkung an der nationalsozialistischen Diktatur diskreditiert; außerdem bezogen die jungen Bundesrepublikaner ihr Wissen in wachsendem Ausmaß aus den expandierenden Massenmedien.

Die zunehmende Liberalität der westdeutschen Gesellschaft zeigte sich in den Reaktionen auf unterschiedliche Ereignisse und Entwicklungen sowie in diversen sozialen, politischen und kulturellen Evolutionsstadien. Ein Artikel der *Zeit* porträtierte den *Playboy* anlässlich dessen zehnjährigen Jubiläums nicht etwa als primitives Schmuddelheft, sondern als „ein leichtsinniges Wesen, das man nicht an der leicht ungenauen Elle der Tugend messen“ dürfe, das aufgrund seiner Fähigkeit, sich „über die eigene Pornographie lustig zu machen oder: den Sex zu vergaggen“, am Ende „so amüsant, so lächerlich, so spielerisch“ sei.⁵

2 Birnbaum, Norman: Deutschland im Jahre 15, in: *Der Spiegel*, 12.08.1964.

3 Stammer, Eberhard: *Welt der Söhne*, in: *Christ und Welt*, 30.10.1964.

4 Vgl. Köcher, Renate: *Freiheit, Gleichheit, Autorität und Norm – ungeklärte Verhältnisse*, in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Köcher, Renate: *Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern*, Stuttgart 1987, S. 282-355, hier S. 292-300.

5 O.V.: *Der Platz, wo alles klar ist*, in: *Die Zeit*, 10.01.1964.

Und obwohl Ingmar Bergmans „Das Schweigen“ zum nach herkömmlichen Moralismustern inakzeptablen Skandalfilm taugte, stieß der Film nicht nur auf erbitterte Empörung, sondern auch auf starke Sympathien. Offenbar war die sexuelle Freizügigkeit soweit fortgeschritten, dass der Film zwar polarisierte, jedoch keine einhellige Ablehnung hervorrief: „Die einen halten den Film für ein großes Kunstwerk, die anderen für ein pornographisches Machwerk [...]“⁶, die Filmbewertungsstelle verlieh ihm sogar das Prädikat „Besonders wertvoll“.⁷ Die Grenze zu dem, was als unanständig galt, verschob sich, ursprünglich laszive Kleidungsstücke wie der Minirock normalisierten sich zum gewöhnlichen Bestandteil des alltäglichen Bekleidungssortiments.⁸ Auch die Provokationen des Modedesigners Rudi Gernreich mit dem „No-bra bra“ beziehungsweise dem „Monokini“ stießen eher auf Neugier als Ablehnung, selbst in etablierten und seriösen Zeitungen.⁹ Und der exzentrische Modekosmos, in dem sich die Grenzziehung der Bekleidungsstile vollzog, war bereits damals von Designstätten geprägt, die auch heute noch existieren: *Dior*, *Yves St. Laurent* und *Pierre Cardin*.¹⁰ Auch im Kunstsektor respektierten die Westdeutschen unkonventionelle Werke: Die „Pop-Art“-Ikonen Roy Lichtenstein, Andy Warhol und Robert Rauschenberg waren bereits weltbekannt, ebenso wie die Kunstform des Happenings.¹¹ Kunstrichtungen hinterfragten Gepflogenheiten der Gegenwart radikal, besonders zwischen 1962 und 1964; der künstlerische Paradigmenwechsel manifestierte sich auf der „documenta 3“ in Kassel (28. Juni bis 6. Oktober 1964) und im Aachener „Festival Fluxorum“ am 20. Juli 1964.¹² Selbst die von den 68ern faktisch als bedrohliche Kernstätte konservativ-faschistischen Denkens betrachtete Bundesregierung sympathisierte mit dem kulturellen Zeitgeist – so bezog 1964 Ludwig

6 O.V.: Bergmanns „Schweigen“, in: *Die Zeit*, 20.03.1964.

7 Siehe z.B. die Debatte in *Christ und Welt* vom 28.02.1964; auch Fürstenau, Theo: Denunziation der Unmoral, in: *Die Zeit*, 27.03.1964; o.V.: „Das Schweigen“ verschweigen?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.03.1964.

8 Vgl. hierzu den Beitrag von Jens Gmeiner in diesem Band.

9 Siehe u.a. o.V.: „Nude Look“ aus Amerika, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.06.1964; o.V.: Weiche Woge, in: *Der Spiegel*, 28.10.1964.

10 Siehe Russell, Katharina Elisabeth: ...bis zum Nabel, in: *Die Zeit*, 07.02.1964.

11 Siehe o.V.: Suppe fürs Volk, in: *Der Spiegel*, 11.11.1964; Wedewer, Rolf: Der antiquierte Protest, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 02.04.1964; vgl. auch die Beiträge von Julia Kiegeland und Miriam Zimmer in diesem Band.

12 Vgl. Etzemüller, Thomas: 1968 – Ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden, Konstanz 2005, S. 55-60.

Erhard als erster Regierungschef den von Sep Ruf entworfenen Kanzlerbungalow.

Die jungen Erwachsenen griffen damals bereits auf anspruchsvolle und horizonterweiternde Urlaubsangebote zurück, statt sich wie ihre Eltern und Großeltern noch überwiegend mit Zeltfreizeit und Tanzabenden zu begnügen: Flugreisen nach Teneriffa ebenso wie Bildungsaufenthalte in Großbritannien, Bergtouren in den Dolomiten oder Segelunterricht an der Nordsee.¹³ Die *Beatles* präsentierten sich als ein Kunst- und Kulturphänomen, das selbst in eher konservativen Blättern eine gewisse Faszination hervorrief: „Die Beatles, eine Gruppe junger Männer aus Liverpool in England, die in rosafarbenen Anzügen auftreten und eine Art Rock-’n’-Roll-Musik mit ihren elektrischen Gitarren machen, dazu herumhüpfen und hin und wieder in Schreie (Yea, yea, yea) ausbrechen, erfüllen ein Bedürfnis unserer Zeit, in dem Sinne, daß diese Zeit diesen ungehobelten, platten, ungeistigen Wahnsinn braucht. Ich bin der Ansicht, daß die Beatles der Zeit etwas Gutes tun, daß sie eine Art Medizin sind, so ähnlich-wie die Dadaisten es in ihrer Zeit waren.“¹⁴ Die Reaktion tausender Teenager auf die Ankunft dieser Band zeigte Fähigkeit und Bereitschaft zur Ekstase in einem Ausmaß, das ältere Zeitgenossen den Heranwachsenden nicht zugetraut hatten und das ihnen entsprechend befremdlich war, zugleich einen einflussreichen Präzedenzfall der bis heute oft wiederholten Popstar-Hysterie und -Idolisierung bildete.¹⁵

In der Wissenschaft kündigte sich 1964 die steigende Bedeutung der Soziologie an, als Wissenschaft zur Planung einer optimierten Gesellschaft. Waren zehn Jahre zuvor gerade einmal um die hundert Teilnehmer zu verbuchen, so strömten zum damaligen Soziologentag in Heidelberg um die tausend Gäste, darunter dreihundert Studierende.¹⁶

DÜSTERE EINSICHTEN – KRITIKWANDEL

1964 war auch ein besonders entscheidendes Jahr für die Obduktion der NS-Vergangenheit, die von den einst beteiligten Älteren nur widerwillig angegangen

13 Vgl. Ranft, Ferdinand: In Kojen, Zelten und auf Luxusdampfern, in: *Die Zeit*, 06.03.1964.

14 Huelsenbeck, Richard: Die Invasion der Beatles, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.02.1964.

15 Vgl. hierzu den Beitrag von Jöran Klatt und Katharina Rahlf in diesem Band.

16 Jansen, Peter W.: Die Soziologie und Max Weber, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.04.1964.

wurde. Ausländische Gäste, so der *Spiegel*, würden eine „Verschwörung des Schweigens“¹⁷ vermuten; auch in westdeutschen Zeitungen war Unverständnis vernehmbar, dass noch immer hochrangige Beamte mit verbrecherischen Verstrickungen in das NS-System im Staatsdienst seien¹⁸ und Richter wie Staatsanwälte offenbar Prozesstermine gegen mutmaßliche NS-Schergen ungebührlich lange hinauszögern würden, sodass diese weiterhin unbehelligt ihren neuen Tätigkeiten nachgehen könnten.¹⁹ Obwohl die gesamten 1960er Jahre von einem allgemeinen Aufklärungsimpetus zeugten,²⁰ drängte 1964 die erste nicht unmittelbar nationalsozialistisch geprägte Kohorte an die Universitäten, der es „weniger um den Seelenfrieden der älteren Generation [ging], als vielmehr darum, die Wahrheit herauszufinden“, eine „Generation, die der politischen Urteilsfähigkeit ihrer Eltern mißtrauisch gegenübersteht“.²¹ Diese jungen Menschen wurden 1964 mit einem Euthanasie- und dem „Braunschweiger Judenmordprozess“ konfrontiert. Vor Gericht standen nun auch die Assistenten prominenter NS-Schergen wie Himmler oder Eichmann. Im Braunschweiger Prozess waren fünf ehemalige SS-Angehörige wegen der Ermordung von 5200 Juden 1941 in Polen angeklagt, von denen vier zu vier- bis fünfjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden.²² Dieses Urteil, die an den Taten gemessen geringen Strafen, verdeutlichte die juristische Problematik, die sich mit dem Argument eines Befehlsnotstands verband, und warf auch unter Juristen die Frage auf, wie mit der strafrechtlichen Schuld des Einzelnen in einem auf dem „Führerprinzip“ gründenden System umgegangen werden sollte.²³ An all diesen Einzelfällen ließ sich allmählich erahnen, wie die Vernichtungsmaschinerie abseits der prominenten NS-Elite funktioniert hatte, die „tödliche Mittelmäßigkeit“²⁴ von Ärzten, Juristen und Beamten.

17 O.V.: Eine Staupe vor Gott, in: *Der Spiegel*, 22.07.1964.

18 Siehe bspw. Strobel, Robert: Nazis in Bonn, in: *Die Zeit*, 21.02.1964.

19 Siehe Grunenberg, Nina: Der merkwürdige Fall Heyde, in: *Die Zeit*, 21.02.1964.

20 Vgl. Schildt, Axel: Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik, in: ders./Siegfried/Lammers (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2003, S. 21-53, hier S. 36 f.

21 Birnbaum, Norman: Deutschland im Jahre 15, in: *Der Spiegel*, 12.08.1964.

22 Siehe o.V.: Zuchthaus für ehemalige SS-Reiter, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.04.1964.

23 Siehe dazu Gillessen, Günther: Schuld und Sühne in politischen Prozessen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.11.1964.

24 Grunenberg, Nina: „Ich habe das Gute gewollt“, in: *Die Zeit*, 28.02.1964; siehe auch Reißmüller, Johann Georg: Perversion des ärztlichen Berufs, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.02.1964.

Prozesse hatte es auch zuvor schon gegeben, neu waren indes die Frequenz und Ausführlichkeit, mit denen die Reporter über die Verfahren, und dabei vor allem die Aussagen von Zeugen und Angeklagten, berichteten. Beschränkte sich die Berichterstattung in den 1950er Jahren überwiegend auf knappe Meldungen mit eher abstrakten Informationen, konnte man seit dem Frühsommer 1964 in der Presse nahezu täglich von konkreten Vorfällen, den Gräueltaten und der Reaktion der mutmaßlichen Täter lesen.²⁵ Die Menschen erfuhren von der Verwertung herausgebrochener Goldzähne, der Selektion an der Rampe, Eisenbahnwaggons voller Kinderleichen und medizinischen Menschenversuchen. Sie erhielten detaillierte Einblicke in das ebenso ausgeklügelte wie infernalische Tötungssystem aus Deportation und Ghettoisierung, Selektion, Vergasung und Leichenverbrennung, in Auschwitz, Belzec oder Treblinka; sie konnten mitverfolgen, wie die Glaubwürdigkeit der Angeklagten in der Konfrontation mit belastenden Dokumenten verblich. Auschwitz-Birkenau war danach eindeutig als Symbol des Holocausts, des nationalsozialistischen Massenmords an den Juden, assoziiert.²⁶ „Erlebt man in Frankfurt die sadistischen Henkers- und Folterknechte, die sich in Auschwitz die Hände blutig machten, so wurden in München die hohen SS-Führer vorgestellt, die, wie Eichmann sagte, sich die weißen Handschuhe nicht

25 Dazu siehe exemplarisch Naumann, Bernd: Wegen des Brotes und der Wurst Leichen gezogen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.12.1964; Ernenputsch, Kurt: Aus Auschwitz entkommen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.12.1964; Bewerunge, Lothar: Als Hygiene-Professor vor der Gaskammer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.11.1964; ders.: „Bester Herr, erschießen Sie mich zuerst“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.10.1964; Naumann, Bernd: Die Männer mit dem schwachen Gedächtnis, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.09.1964; Lau, Dieter: Zeuge benennt Mörder seines Vaters, in: Süddeutsche Zeitung, 01.09.1964; Ernenputsch, Kurt: Häftlingsköpfe als Punching-Bälle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.07.1964; Mauz, Gerhard: Himmler nannte ihn „mein Wölffchen“, in: Der Spiegel, 22.07.1964; Naumann, Bernd: „Führerbefehle waren nicht rechtsverbindlich“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.07.1964; ders.: Singend in die Gaskammer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.04.1964; Ernenputsch, Kurt: Frauen wurden von Hunden zerfleischt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.03.1964; o.V.: Handvoll Asche, in: Der Spiegel, 19.02.1964.

26 Vgl. Siegfried, Detlef: Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969, in: Schildt, Axel/ Siegfried, Detlef/ Lammers, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2003, S. 77-113, hier S. 96.

schmutzig machen wollten. Im Wolff-Prozeß erfuhr man, auf welch trocken-bürokratische Manier der Tod in Marsch gesetzt wurde.“²⁷

Die Analyse aussagekräftiger Dokumente und ihre Präsentation vor Gericht sowie die ausführliche Berichterstattung der Presse schufen ein Bewusstsein für die verbrecherische Dimension des NS-Regimes und eine unumstößliche Informationsgrundlage, auf der fortan Diskussionen geführt werden konnten über die individuelle Schuld von Tätern, deren theoretische Möglichkeit, sich seinerzeit einer Beteiligung am Massenmord verweigern zu können, oder auch die Notwendigkeit, Aufklärung und die Verfolgung Verdächtiger zu intensivieren. Zudem vergegenwärtigten 1964 zahllose Bücher²⁸ anhand von Schilderungen und Analysen Zusammenhänge und Schrecken des Zweiten Weltkrieges und „Dritten Reichs“. Wenn sie auch noch nicht dazu führten, die Schuld für die NS-Verbrechen nicht allein bei einer moralisch degenerierten, überdies größenwahnsinnigen, mithin wirklichkeitsentrückten Elite zu sehen, sondern auch bei der Komplizenschaft und Bereitwilligkeit zahlloser „Normalbürger“ zu suchen, so bereiteten sie hierfür doch zumindest den Boden.

Am Beispiel der Prozessberichterstattung und der Sichtweise auf die Angeklagten zeigte sich die Fähigkeit der Presse, auch unangenehme Wahrheiten herauszufinden und zu verbreiten. Der Politologe Dolf Sternberger sah dann auch 1964 in den journalistischen Meinungsmachern „die Vorhut, die Erkundungsabteilung der allgemeinen Bürgerschaft des Staates“ und suchte sie auf die „öffentliche Unterrichtung und die öffentliche Diskussion“ als die „fundamentalen Beiträge der Journalisten zum Staatsleben“ zu verpflichten.²⁹ Insgesamt machte sich ein Impetus kritischer Öffentlichkeit bemerkbar, ein erkennbares Bestreben, die Medien der Obhut politischer Akteure zu entreißen und die Unabhängigkeit journalistischer Berichterstattung wie auch die Informationsvielfalt zu vergrößern, um die Mündigkeit des wahlberechtigten Staatsbürgers zu stärken.³⁰

Dies geschah im Zusammenspiel mit Kulturschaffenden und Wissenschaftlern und stieß auf Resonanz in der Bevölkerung. Rolf Hochhuths „Stellvertreter“ tauchte auch ein Jahr nach seinem Debüt in den Bestsellerlisten auf, die Aufla-

27 Wehner, Wolfgang: Der Wolff-Prozeß, in: Süddeutsche Zeitung, 01.10.1964.

28 Exemplarisch seien hier genannt: Carell, Paul: Unternehmen Barbarossa. Der Marsch nach Russland, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1963; Hammerstein, Kunrat v.: Spähtrupp, Stuttgart 1964 (2. Aufl.); Krannhals, Hanns v.: Der Warschauer Aufstand 1944, Frankfurt a.M. 1964 (2. Aufl.).

29 Sternberger, Dolf: Die Journalisten im Staatsleben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.05.1964.

30 Siehe bspw. Hübner, Paul (Hg.): Information oder Herrschende Souffleure? 17 Untersuchungen, Reinbek bei Hamburg 1964.

genhöhe betrug im Frühjahr 1964 bereits 170.000.³¹ „Es ist das erste Mal nach dem Kriege“, so war seinerzeit zu lesen, „daß hier ein Theaterstück den Anstoß gibt zur Erforschung des eigenen Gewissens, zur schuldbewußten Frage nach dem, was man an Hilfeleistung für die Opfer Hitlers versäumt haben könnte.“³² Bis 1975 erschienen rund 7500 Publikationen zu dem Werk, darin enthalten die Klage, mit dem Papst illegitimer Weise eine ehrwürdige Institution angegriffen zu haben.³³ Doch allen reaktiven Stellungnahmen zum Trotz stand die Kritik an der Rolle der katholischen Kirche im Zusammenhang mit der NS-Diktatur im Raum, waren Vorwürfe öffentlich ausgesprochen und diskutiert worden. 1964 kursierte zudem die selbstgedruckte Broschüre „Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute“ über NS-belastete Universitätsprofessoren.³⁴ Im selben Jahr erschien außerdem die deutsche Version von Hannah Arendts Buch „Eichmann in Jerusalem“, in welchem sie mit der Wendung von der „Banalität des Bösen“ auf Jahrzehnte hinaus die Sichtweise auf die nationalsozialistischen Massenmörder des Holocausts prägte.

Nicht nur in Presse und Kultur bewegte sich etwas: Mit aggressiver Akririe und Neugier dokumentierten kritische Studierende in Campuszeitungen, unterstützt von politischen Hochschulgruppen, mit moralisch und weltanschaulich kompromittierenden Aussagen von Lehrstuhlinhabern aus der Zeit des „Dritten Reichs“ die Vergangenheit ihrer Dozenten – was sie in Konfrontation zu so mancher Universitätsleitung brachte, die wie in Marburg darin disziplinarisches Fehlverhalten erblickte.³⁵ Während manchen die „neurotische Vergangenheitsbildung“³⁶ der „flüchtigen Kompilatoren“³⁷ mit ihren angeblich aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten zu weit ging, befürworteten andere den flammenden Aufklärungsappell der Studenten, die „schließlich ein Recht darauf [hätten], zu wissen, wer sie unterrichtet und ob sie seinem Unterricht vertrauen können“³⁸. Auf Druck dieser studentischen Initiative kam es seit 1964 an mehreren großen

31 Vgl. o.V.: Unser Seller-Teller Februar 1964, in: Die Zeit, 06.03.1964.

32 Lietzmann, Sabina: Hochhuth und das Gewissen Amerikas, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.03.1964; siehe auch Jacobi, Johannes: Warum Carl Zuckmayer ihn lobte, in: Die Zeit, 10.04.1964.

33 Vgl. Glaser, Hermann: Deutsche Kultur. Ein historischer Überblick von 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 1997, S. 300.

34 Vgl. Frei, Norbert: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008, S. 82.

35 Siehe bspw. Ziegler, Gerhard: „Störung des akademischen Lebens“, in: Die Zeit, 28.02.1964.

36 Thielicke, Helmut: Wo stehen wir?, in: Christ und Welt, 27.03.1964.

37 Siehe Schwarz, Fritz: Attacken gegen Professor Schwinge, in: Die Zeit, 24.04.1964.

38 Boehlich, Walter: Unsere Universitäten haben versagt, in: Die Zeit, 28.04.1964.

Universitäten zu Ringvorlesungen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Hochschule, die republikweit erste im Wintersemester 1964/65 in Tübingen.³⁹

Ferner zeigten sich antinazistische Reflexe, etwa als Kanzler Erhard sich infolge aufkommender Vorwürfe in Windeseile von seinem NS-belasteten Vertriebenenminister Hans Krüger trennte und damit anders als sein Vorgänger Adenauer im Fall Oberländer nicht längere Zeit an einer umstrittenen Personalie festhielt.⁴⁰ Überdies hatten sich am Ende des Jahres 1964 die „Ludwigsburger Zentralstelle“ und die „Ludwigsburger Staatsanwälte“ zu einer festen, weithin bekannten Instanz entwickelt, als Aufklärungs- und Sammelstelle für sämtliche Unterlagen, die auf NS-Verbrechen hindeuteten, als Chiffre für den Willen zur Sühne.⁴¹ Und wenngleich die Erinnerung an den 20. Juli 1944 unter Beteiligung des westdeutschen Staatsoberhauptes beileibe kein Novum war, so verbesserte sich der öffentliche Ruf der Verschwörer im Lichte des 20. Jahrestags nochmals um eine heroische Note: Immer weniger waren sie desertierende Nestbeschmutzer, immer mehr lobenswerte Kämpfer gegen die Tyrannei nationalsozialistischer Herrschaft. Zur Gedenkveranstaltung verlas ein Sprecher des *Deutschen Jugendringes* ein „Manifest der Jugend zum 20. Juli 1964“, das für Anerkennung des Attentatsversuchs warb, und Bundespräsident Lübke hielt eine Rede im Gedenken an die Widerstandskämpfer⁴², Bundesverteidigungsminister v. Hassel sprach in einem Tagesbefehl vom „Aufstand des Gewissens“⁴³. Im gleichen Jahr stilisierte Bodo Scheurigs Buch „Stauffenberg“ – ein damals der nachwachsenden Generation unbekannter Name⁴⁴ – den Widerstandsanhänger zu einem Offizier, der sich „vor Deutschland warf, um es vor letzter Schande und Schmach zu

39 Vgl. Winkler, Heinrich August: *Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte 1933-1990*, Bonn 2004, S. 248; Dworok, Gerrit: Einleitung, in: ders./Weißmann, Christoph (Hg.): *1968 und die 68er. Ereignisse, Wirkungen und Kontroversen in der Bundesrepublik*, Wien/Köln/Weimar 2013, S. 9-19, hier S. 114.

40 Vgl. Hildebrand, Klaus: *Von Erhard zur Großen Koalition. 1963-1969*, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 130.

41 Für Anhaltspunkte siehe z.B. o.V.: Auch Prag bietet NS-Dokumente an, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.01.1965.

42 Vgl. o.V.: Lübke nennt den 20. Juli ein Symbol der Selbststachtung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.07.1964.

43 Hassel zitiert nach o.V.: Das Beispiel des 20. Juli soll lebendig bleiben, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.07.1964.

44 Vgl. o.V.: Verlegenheit um Stauffenberg?, in: *Die Zeit*, 20.03.1964.

decken“⁴⁵, wohingegen einer *EMNID*-Befragung zufolge dreizehn Prozent der Westdeutschen das Attentat als Hochverrat ablehnten⁴⁶.

DEMOKRATIEMÜDIGKEIT IM PARTEIENEINERLEI – POLITIKWANDEL

Schließlich war 1964 nach einigen Vorfällen, die wie der Ungarische Volksaufstand 1956 oder die Kubakrise 1962 die allgegenwärtige Gefahr eines Dritten Weltkrieges heraufbeschworen hatten, ein Gefühl der relativen Stabilität spürbar.⁴⁷ Die antagonistische Blockkonfrontation schien sich allmählich zu entspannen, bereits 1963 hatten USA und UdSSR den Stopp von Atomwaffentests vereinbart und damit einen kräftigen Schritt zum späteren Atomwaffensperrvertrag von 1968 getan, der „World’s Fair“ 1964 in New York trug das Motto „Frieden durch Verständigung“. Mit dieser weltpolitischen korrespondierte auch eine innenpolitische Konsolidierung der Bundesrepublik: Zeitgenössische Kommentatoren bemerkten, dass „die Deutschen zum ersten Male in ihrer Geschichte zu einem demokratischen *Konsensus* gefunden“⁴⁸ hätten, der sie vor radikalen Parteien und Ideologien bewahre. Die politische Auseinandersetzung wirkte im Gegensatz zu den 1950er Jahren, in denen sich Union und SPD scheinbar unvereinbar gegenübergestanden hatten, entfundamentalisiert. In der Tat hatten die Sozialdemokraten mittlerweile die Soziale Marktwirtschaft und die Westorientierung akzeptiert, die fundamentalen Fragen waren damit weitgehend geklärt.⁴⁹ Ja, die Gemeinsamkeiten suggerierten gar eine solche politische Unterschiedslosigkeit, dass die Jahre zwischen 1959 und 1966 von vielen Zeitgenossen als langweilig empfunden wurden und sich unterschwellig eine noch wenige Jahre zuvor undenkbbare Große Koalition ankündigte.⁵⁰ Konfrontationsende und Einmütigkeit sprachen seinerzeit auch aus der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit zwi-

45 Scheurig, Bodo: Claus Graf Schenk von Stauffenberg, Berlin 1964, S. 92.

46 Vgl. o.V.: Hitler-Attentat, in: Der Spiegel, 22.07.1964.

47 Siehe bspw. Dönhoff, Marion Gräfin: Das Ende der Nachkriegs-Ära, in: Die Zeit, 17.04.1964; vgl. auch Kielmansegg, Peter Graf: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000, S. 193.

48 Zundel, Rolf: Das wohltemperierte Unbehagen, in: Die Zeit, 09.10.1964 (Herv.i.O.).

49 Vgl. Schildt 2003 (s. Anm. 20), S. 44.

50 Vgl. Sontheimer, Kurt: Die verunsicherte Republik. Die Bundesrepublik nach 30 Jahren, München 1979, S. 28; Hildebrand 1984 (s. Anm. 40), S. 47-56.

schen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden.⁵¹ Das Ende der Adenauer-Ära war besiegelt, die Wiederwahl des greisen Altkanzlers zum CDU-Vorsitzenden im März 1964 taten die Kommentatoren als „einen selbstverständlichen Akt der Denkmalspflege“⁵² ab.

Mit dem Antritt Ludwig Erhards verband sich nicht zuletzt die Hoffnung auf einen Stilwandel in der politischen Führung, in Richtung eines versöhnlichen Umgangs und demokratischerer Verfahren.⁵³ Von Erhard wusste man, wie schlimm er unter Adenauer gelitten hatte. Von ihm war bekannt, wie sehr er die ganze Parteipolitik verachtete. Von ihm hieß es, er ziehe den direkten Kontakt zum Volk auf den Marktplätzen der Republik den Kungelrunden mit Funktionären und Verbandsvertretern in verborgenen Hinterzimmern vor. Von Erhard war zu hören, dass er als Nachfolger Adenauers mehr Kollegialität und Teamarbeit in Partei und Regierung anstrebte, dass er Visionen hatte und Ziele verfolgte, dass es ihm nicht allein um die Macht als solche ging. „Ich weiß“, formulierte Erhard sein alternatives politisches Bekenntnis, „dass viele glauben, der Politiker müsste in allen Schlichen bewandert sein. Das ist nicht mein Stil, ich sage es ganz offen, und ich glaube, wir werden auch in Zukunft damit nicht mehr zurechtkommen. Jedenfalls, ich werde es nicht tun, und wenn ich weiter wirke, dann wird sich vor allen Dingen dieser Stil wandeln.“⁵⁴ Das alles kam prächtig an 1963/64. Erhard war der Held der Öffentlichkeit, der Liebling der deutschen Presse.⁵⁵ Anfangs waren auch die christdemokratischen Führungsleute froh, dass sie nicht mehr den ausschweifenden Monologen ihres ersten Kanzlers folgen mussten, sondern selbst zu Debattenbeiträgen ermuntert wurden. Das liberale Deutschland klatschte in den ersten Monaten der Erhard-Regierung Beifall für den neuen diskursiven Stil.

Zudem war es Erhard, und nicht erst Brandt, der im Kanzleramt den Kontakt zu Intellektuellen aus Wissenschaft, Kunst und Publizistik suchte.⁵⁶ Aber bereits 1964 galt Erhards Kabinett als „verbraucht [...] bis ins Mark“⁵⁷, das Ende seiner Kanzlerschaft 1966 kündigte sich bereits in diesem Jahr an, ebenso die Macht-

51 Siehe o.V.: Nachahmenswert, in: Die Zeit, 21.02.1964.

52 Schreiber, Hermann: Der beste Erhard – der mit der Mehrheit, in: Der Spiegel, 25.03.1964.

53 Vgl. Hildebrand 1984 (s. Anm. 40), S. 36 ff.

54 Zitiert nach Gaus, Günter: Wie regiert Ludwig Erhard?, in: Die Zeit, 16.04.1965.

55 Niclaß, Karlheinz: Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, aktualisierte Ausg., Paderborn u.a. 2004, S. 101-124.

56 Vgl. Hildebrand 1984 (s. Anm. 40), S. 118-121.

57 Augstein, Rudolf: Casser la baraque?, in: Der Spiegel, 11.11.1964; siehe auch o.V.: Hin und her und her und hin, in: Der Spiegel, 11.11.1964.

erosion und der Hegemonieverlust der CDU/CSU. Die Union tribalisierte gleichsam, sie schien in Diadochenkämpfe, in die Konkurrenz von oft schwer durchschaubaren Machtcliquen zu zerfallen. Adenauer, noch Parteichef der CDU, und sein engeres katholisches Beraterumfeld verstanden in diesem historischen Moment nicht mehr die veränderte bundesdeutsche Welt.⁵⁸ Sie fürchteten, dass die „Laisierung des deutschen Volkes“⁵⁹ unaufhaltsam voranschreite, dass die „Kräfte des Glaubens, der Autorität, der Ordnung, des Dienens schwinden“ würden. Heinrich Krone, früherer Fraktionsvorsitzender im Bundestag, jetzt Bundesminister, währte gar die „Völker am Liberalismus zu Grunde gehen“⁶⁰. Denn: „Die neue Welt“ sei „amerikanisch.“⁶¹ Und misstrauisch schauten sie auf den neuen Typus der politischen Techniker, Manager, Pragmatiker, die – auch in der Union – mit Macht hochkamen, wie Gerhard Schröder, Gerhard Stoltenberg, Kai-Uwe v. Hassel, Rainer Barzel. „Diese Realisten, diese Pragmatiker sind nicht amoralisch, sie denken aber zu wenig moralisch in der Politik, sie lassen sich leiten von den Dingen, ordnen sie wie sie da sind, und glauben, dass das alles berechenbar ist und berechenbar abläuft. Darum sind sie so klug, viel klüger als die anderen. In diesen Pragmatikern brennt kein Feuer, da herrscht kühl und kalt die ratio und die raison.“⁶²

Politikbeobachter sahen die SPD, ausgestattet mit einem „neue[n] Realitätsbewußtsein“⁶³, bereits auf dem Weg in die Bundesregierung. Bis 1964 hatte die SPD, gipfelnd im Godesberger Programm von 1959, ihre Wählbarkeit beträchtlich erhöht, hatte die Voraussetzungen geschaffen, um sich mittelfristig bei Bundestagswahlen aus dem beklemmenden Dreißig-Prozent-Turm zu befreien.⁶⁴ Deshalb wählte die SPD 1964 den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, zum Nachfolger des verstorbenen Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer,⁶⁵ eines Traditionalisten, der über zehn Jahre nicht sehr glücklich als Chef der Sozialdemokratie operiert hatte. Das Votum für Brandt war zunächst nicht ganz unumstritten, da in weiten Kreisen der Partei der Chef der Bundestagsfraktion,

58 Kleinmann, Hans-Otto: Geschichte der CDU. 1945-1982, Stuttgart 1993, S. 268.

59 So Konrad Adenauer auf einer Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, in: ebd., S. 365.

60 Krone, Heinrich: Tagebücher. Zweiter Band: 1961-1966. Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd.44, hg. v. Günter Buchstab et al., bearb. v. Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 2003, S. 201.

61 Ebd., S. 416.

62 Ebd., S. 138.

63 Zundel, Rolf: Kapitulation – wozu?, in: Die Zeit, 04.12.1964; siehe auch ders.: Der Trend zur SPD, in: Die Zeit, 30.10.1964.

64 Vgl. Hildebrand 1984 (s. Anm. 40), S. 70-83.

65 Vgl. dazu den Beitrag von Yvonne Blöcker in diesem Band.

Fritz Erler, als der klügere, fleißigere und beständigere Politiker galt. Aber eine ernsthafte Chance besaß Erler nicht. Denn das Medienzeitalter war angebrochen – und Brandt machte im Fernsehen eine gute Figur; Erler dagegen wirkte spröde, ausgestattet mit einer zu kühlen Intellektualität. Er war schwer zu popularisieren – eine Erwägung, welche die Sozialdemokraten in den ersten hundert Jahren ihres Bestehens, also zwischen 1863 und 1963, nicht sonderlich interessiert hatte – und musste daher hinter Brandt zurückstehen.⁶⁶

Am 5. März 1964 empfing gar Papst Paul VI. eine von Fritz Erler angeführte Delegation der SPD zu einer Privataudienz. Die Sozialdemokraten hatten die Möglichkeiten des Papstbesuches über Wochen unter größter Geheimhaltung und zielgerichtet am deutschen Episkopat vorbei sondiert. Als die Audienz vom Vatikan schließlich gewährt und bekanntgegeben wurde, schlug diese Nachricht in der deutschen Öffentlichkeit wie eine Bombe ein. Denn im Allgemeinen fanden nur Repräsentanten von Regierungen oder Abgesandte befreundeter Organisationen Zugang zum Papst. Die Audienz im Petersdom bedeutete also für die Sozialdemokraten einen ungeheuren Prestigegewinn unter den deutschen Katholiken. Viele konservative Katholiken aber reagierten bestürzt; sie wurden fast irre an ihrer Kirche. Vertreter der Unionsparteien und führende Persönlichkeiten der deutschen Kirche setzten Anfang März, also wenige Tage vor der avisierten Audienz, noch einmal alle Hebel in Bewegung, um den Papstbesuch der Sozialdemokraten zu vereiteln. Im selben Flugzeug, das die sozialdemokratische Delegation nach Rom brachte, flogen katholische Emissäre mit, die das Treffen mit dem Papst in letzter Minute verhindern sollten. Indes vergebens. Das Ereignis des 5. März 1964 senkte bei vielen Katholiken die Hemmschwelle, die sie bis dahin gehindert hatte, die Sozialdemokratie zu wählen.⁶⁷ Schließlich unterstützte die SPD 1964 auf Drängen des Stellvertretenden Parteivorsitzenden und Machtstrategen Herbert Wehner hin auch noch eine zweite Kandidatur des christdemokratischen Bundespräsidenten Heinrich Lübke, obwohl dieser bereits seinen Landsleuten als Staatsoberhaupt durch sein Auftreten im Ausland peinlich geworden war und die CDU nach Alternativen fahndete.⁶⁸

66 Vgl. Walter, Franz: Führung in der Politik. Am Beispiel sozialdemokratischer Parteivorsitzender, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 7 (1997), H. 4, S. 1287-1336, hier S. 1301.

67 Siehe hierzu Lösche, Peter/Walter, Franz: Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei, Darmstadt 1992, S. 307.

68 Vgl. Zundel, Rolf: Noch einmal Lübke, in: Die Zeit, 12.06.1964; Baring, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1983, S. 28-36; siehe o.V.: Wenn das Volk ruft, in: Der Spiegel, 20.05.1964.

Ebenfalls eröffnete Herbert Wehner seit 1964 die Parteitage mit der Anrede: „Herr Oberbürgermeister! Exzellenzen! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!“⁶⁹ Auf dem Parteitag 1964 sprach mit Willy Brandt erstmals ein Parteivorsitzender die Delegierten nicht mehr mit „Genossen“ an, sondern nur noch schlicht mit: „Liebe Freunde, liebe Anwesenden, liebe Delegierte“.⁷⁰ Das war schon ein Stück Kulturrevolution, was sich da in der SPD ereignete. Nichts sollte mehr an die alte Partei erinnern, die grämlich abseitsstand, missvergnügt die gesellschaftliche Entwicklung in der Republik benörgelte und rechthaberisch auf den Sozialismus pochte. In einiger Hinsicht kopierten die Sozialdemokraten die rivalisierende, lange machtpolitisch überlegene CDU – mit einem Unterschied allerdings: Sie wollten die Union an Frische, Dynamik und vor allem an Modernität klar übertreffen. So avancierte Modernität überhaupt zur sozialdemokratischen Zauberformel schlechthin in jenen Jahren des großen Abschieds von der Traditionskompanie. Die Sozialdemokratie modellierte sich als die moderne Partei der Fachleute und Experten, die im Gegensatz zu den Konservativen die Aufgaben der Zukunft erkannt hatte und lösen würde. Sie versprach, den Bildungsnotstand zu beheben und den technischen Fortschritt zu beschleunigen, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern und die Infrastruktur zeitgemäß auszubauen und umzugestalten. Als die Partei der optimistischen Technokratie ging die SPD auf Stimmenfang bei den neuen Mittelschichten. 1964 regierte die Partei in 48 von sechzig westdeutschen Großstädten. Das dadurch umso deutlicher geratene Signal der sozialdemokratischen Regierungsbereitschaft fügte sich damals in eine Sozialdemokratisierung Europas, nachdem im September 1963 Labour unter Harold Wilson die britische Regierung stellte und seit Dezember 1963 in Italien die Sozialisten im Kabinett des Christdemokraten Aldo Moro mitregierten.

Auch in der eher behäbigen „konservativen Bauer- und Mittelstandspartei“⁷¹ von Erich Mende, der FDP also, tat sich 1964 etwas. Die *Jungdemokraten*, offizielle Jugendorganisation der Liberalen, legten ihre Bundesdelegiertenkonferenz in diesem Jahr auf den 1. Mai, um so ihre Bemühung zu symbolisieren, die bisherige „Handelskammer-Exklusivität“ zu verlassen und mit der „arbeitenden Bevölkerung“ und auch den Gewerkschaften ins Gespräch zu kommen.⁷² Der neue Bundesvorsitzende der *Judos*, der 32-jährige Hochschuldozent für Geschichte

69 Vgl. o.V.: Du, Willy, in: Der Spiegel, 22.12.1969.

70 Siehe Walter, Franz: Die SPD. Biographie einer Partei, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 151.

71 Flach, Karl-Hermann: Kurs ohne Kompaß, in: Die Zeit, 01.01.1965.

72 Siehe Wrobel, Georg: Die Liberalen und die Gewerkschaften, in: Frankfurter Rundschau, 04.05.1964.

Karl Holl, plädierte für die Transformation der FDP zur Volkspartei.⁷³ Vor allem in der Berliner FDP drängten Aktivisten von Jungdemokraten und *Liberalem Studentenbund* nach vorn. Bereits 1963 hatte sich die FDP in Berlin mit Willy Brandt vereinbart und in eine sozial-liberale Koalition begeben. Seither machten die jungen Protagonisten der Partei deutlich, dass sie eine solche Koalitionsvariante aus prinzipiellen Gründen auch im Bund anstrebten, schon nach den Bundestagswahlen 1965, allerdings ohne Erich Mende, für den und dessen Nationalliberalismus es dann keinen Platz mehr gäbe.⁷⁴ Auch die *Frankfurter Rundschau* entdeckte in der Zeit einen „Konflikt der Generationen“ bei den Freidemokraten, der sich auf die Ostpolitik erstreckte, da die Jungdemokraten es für überfällig hielten, „normale Beziehungen zu den Staaten des Ostblocks aufzunehmen“⁷⁵.

Dabei hatte sich in der Außenpolitik die sozialliberale Ära bereits in Ansätzen herausgeschält; hier praktizierte selbst das Erhard-Kabinett schon einen Teil von Brandts späterer Ostannäherung. Die außenpolitische Formel „Wandel durch Annäherung“ war 1964 ausgesprochen, firmierte im politischen Diskurs als Bezeichnung der neuen Orientierung.⁷⁶ War der Osten unter Adenauer pauschal als ein sowjetischer Herrschaftsbereich betrachtet und außenpolitisch weitgehend ausgeklammert worden, so begann unter Erhard eine westdeutsche Ostpolitik, welche die Bundesrepublik in einer neuen Phase der Entspannung zwischen den beiden Systemblöcken wieder politikfähig machte – auch wenn sich große Erfolge erst unter Brandt einstellten, mit dessen Politik die außenpolitische Zäsur konsequent und sichtbar vollzogen wurde.⁷⁷ Erhards Regierung blieben zunächst erste Schritte vorbehalten, Handelsverträge mit einigen Ostblockstaaten, vor allem aber begann mit dem Passierscheinabkommen die offizielle Annäherung an die DDR,⁷⁸ die danach kaum mehr rückgängig zu machen war, hatte sich die „Ostzone“ doch vor der Weltöffentlichkeit kooperationsbereit und humanitär ge-

73 So zitiert bei Kelber, Karl Ludwig: Jungdemokraten für Kontakte mit dem Osten, in: Süddeutsche Zeitung, 04.05.1964.

74 Siehe Engert, Jürgen: Warten auf Kanzler Brandt, in: Christ und Welt, 06.12.1963.

75 Bischof, Rudolf: „Schlagt der FDP den Deutschlandplan um die Ohren“, in: Frankfurter Rundschau, 20.06.1963.

76 Siehe Sommer, Theo: Menschlichkeit und Politik, in: Die Zeit, 03.01.1964; Bayer, René: Ostberlins taktische Wende, in: Die Zeit, 03.01.1964.

77 Vgl. Baring 1983 (s. Anm. 68), S. 209; Hildebrand 1984 (s. Anm. 40), S. 85-98; Schöllgen, Gregor: Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow. 1941-1991, München 1996, S. 214 f.; Kielmansegg 2000 (s. Anm. 47), S. 192-197.

78 Vgl. dazu den Beitrag von Oliver D’Antonio in diesem Band.

geben.⁷⁹ Die Rigorosität, mit der bislang an der Revision der Oder-Neiße-Grenze, aber auch an der Nichtanerkennung der DDR festgehalten worden war, nahm von da an in der deutschen Bevölkerung ab. Der Weg zu den späteren Ostverträgen – „eines der wesentlichen Ereignisse der Geschichte der Bundesrepublik“⁸⁰ – hatte 1964 begonnen.

Dieses Jahr war zudem ein Schlüsseljahr für die APO, in dreierlei Hinsicht: Erstens begann 1964 mit der Eskalation des Vietnam-Konflikts zu einem Krieg unter militärischer Beteiligung der USA ein zentrales Objekt des 68er-Protests zu entstehen. Die 68er sahen in den Vereinigten Staaten eine neokoloniale Macht, die sich unzulässig in den Freiheitskampf eines Dritte-Welt-Landes einmischte und dort obendrein mit einer brutalen Kriegsführung die Zivilbevölkerung terrorisierte⁸¹ – und die Bundesrepublik machte sich in den Augen der 68er als Komplize mitschuldig.⁸²

Zweitens ergab sich 1964 ein weiteres Objekt der späteren 68er-Proteste: die Notstandsgesetzgebung. Im Herbst zeichnete sich eine parlamentarische Entscheidung ab, da sich die Fraktionen von SPD und Unionsparteien weitgehend einig schienen, letztlich verschob sich aber die Verabschiedung der Gesetze.⁸³ Die Kritik daran war damals noch keineswegs so heftig wie in den folgenden Jahren, geschweige denn 1968, beschränkte sich auf vereinzelte Wortmeldungen linker Intellektueller wie Wolfgang Abendroth oder Jürgen Seifert, obgleich 1963/64 die großen Studierendenorganisationen – der *Liberalen Studentenbund Deutschland (LSD)*, der *Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB)* und der *Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS)* – eine oppositionelle Haltung einnahmen und schon im Mai 1965 von einer „außerparlamentarischen Aktion“ die Rede war. Wären die Gesetze allerdings 1964 zustande gekommen, so hätte der 68er-Bewegung vier Jahre später ein zentrales Element ihres Kritikansatzes gefehlt, nämlich die 1968 bevorstehende Gesetzesverabschiedung vor dem Hintergrund der Großen Koalition, dem Vietnam-Krieg, den Polizeieinsätzen und des mutmaßlichen Pressemonopols des *Springer-Verlags* als Indiz eines repressiven, quasi-diktatorischen Staats zu interpretieren.

Und drittens verfestigte sich eine in diesem Zusammenhang ebenso wichtige Voraussetzung von „68“ gleichfalls 1964, nämlich die weitverbreitete Wahrneh-

79 Vgl. Winkler 2004 (s. Anm. 39), S. 228 f.

80 Kielmansegg 2000 (s. Anm. 47), S. 191.

81 Vgl. hierzu den Beitrag von Christopher Schmitz in diesem Band.

82 Vgl. Winkler 2004 (s. Anm. 39), S. 250.

83 Zur Chronologie und Oppositionsgeschichte vgl. Schneider, Michael: Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958-1968), Bonn 1986, S. 120-205.

mung weltanschaulich homogenisierter Parteien und entradikalisierter Gewerkschaften,⁸⁴ die eine Leerstelle für fundamentalkritische Konzepte für Gesellschaft und politisches System hinterließen. Keineswegs unerheblich waren ferner theoretische Impulse für das intellektuelle Fundament der 68er: So veröffentlichte die Zeitschrift *Das Argument* 1964 das erste Heft über „Faschismus-Theorien“ und der emigrierte Theoretiker Herbert Marcuse avancierte mit seinem Buch „One-Dimensional Man“ zu einem der wichtigsten und prominentesten Stichwortgeber der 68er.⁸⁵ All das war die Fläche, auf der die „68er“ ihre „Ablehnung von Autorität und kapitalistischer Wirtschaftsordnung“⁸⁶ für viele plausibel begründen konnten.

BUNDESWEHRKRISE UND BILDUNGSKATASTROPHE – JAHR DER REFORMDEBATTEN

Ein weiteres auffälliges Merkmal des Jahres 1964, beruhend auf wiederkehrenden Phänomenen, ist der Reformgeist jener Zeit. Krisenhafte, problematische Bereiche gibt es in jeder Gesellschaft, zu jeder Zeit; doch 1964 häuften sich nicht nur diese Krisenfälle, sondern sie berührten überdies neuralgische Punkte einer erst seit Kurzem konsolidierten Gesellschaft, weckten Ängste vor erneutem Rückfall in instabile Verhältnisse und setzten in vergleichsweise schneller Geschwindigkeit Reformprozesse in Gang. Kurz: 1964 gab es zahlreiche, fundamentale und schnelle Auseinandersetzungen. Dabei kamen auf bedeutsamen Gebieten zum Teil vehemente Reformforderungen auf, die öffentliche politische Debatten anstießen.

Gegenstand der Kritik waren das Justizwesen, dessen Personal verschiedenartiger werden müsse;⁸⁷ schwindender Platz für Wohnraum und Produktionsstätten sowie das Schutzbedürfnis der Natur drängten aus der Sicht der Zeitgenossen

84 Siehe Zundel, Rolf: Das wohltemperierte Unbehagen, in: *Die Zeit*, 09.10.1964; vgl. Doering-Manteuffel 1999 (s. Anm. 1), S. 90-102.

85 Vgl. Siegfried 2003 (s. Anm. 26), S. 98; Dworok, Gerrit: Faschismusbegriff und -deutungen der „68er“ zwischen Wissenschaft und Klassenkampf, in: ders./Weißmann, Christoph (Hg.): 1968 und die 68er. Ereignisse, Wirkungen und Kontroversen in der Bundesrepublik, Wien/Köln/Weimar 2013, S. 101-124, S. 120 sowie den Beitrag von Franz Walter in diesem Band.

86 Dworok 2013 (s. Anm. 85), S. 107.

87 Siehe Wassermann, Rudolf: Unsere konservativen Richter, in: *Die Zeit*, 13.03.1964.

zu einer Reform, einer Raumordnung;⁸⁸ nur vier Jahre nach seiner Einführung galt auch der „Ersatzdienst“ als reformbedürftig, da dort die individuellen Fähigkeiten der Zivildienstleistenden in den häufig banalen Tätigkeiten brachlägen;⁸⁹ mit einem Bericht über diverse Missstände in der Bundeswehr löste der Wehrbeauftragte Admiral Hellmuth Heye eine Kontroverse über die Verhältnismäßigkeit von oftmals schikanierender Disziplin und nötiger Kampfkraft aus, der „bisher schwerste Konflikt um den Geist von Westdeutschlands wiedererstandener Militärmacht“⁹⁰; die Kunstpolitik, der zehn Nachwuchskünstler in ihrem „Düsseldorfer Manifest“ schwerwiegendes Versagen attestierten, durch das deutsche Kunstwerke im internationalen Wettbewerb nicht zu ihrer gebührenden Geltung fänden, und zur Abhilfe eine Mitwirkung von Künstlern in den zuständigen Gremien empfahlen;⁹¹ vor allem aber der Bildungssektor, auf dem der Wissenschaftsrat zum Ausbau des lückenhaften und langsamen Bibliothekswesens an den westdeutschen Universitäten drängte,⁹² die kaiserzeitlich anmutende Ordinarrien-Hierarchie an den Universitäten bereits als unzeitgemäßer Zustand angefochten war,⁹³ eine Wissensmonopolisierung von Experten mittels hermetischer Fachsprachen gesehen wurde⁹⁴, allem voran aber der Pädagoge und Philosoph Georg Picht einen allgemeinen Bildungsnotstand ausgerufen hatte.⁹⁵ „Jetzt aber ist das Kapital verbraucht: Die Bundesrepublik steht in der vergleichenden Schulstatistik am untersten Ende der europäischen Länder neben Jugoslawien, Irland und Portugal. [...] Es steht uns ein Bildungsnotstand bevor, den

88 Siehe etwa Hauenstein, Fritz: Die große Flurbereinigung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.06.1964.

89 Siehe etwa Herrmann, Ruth: Ohne Uniform und ohne Prestige, in: Die Zeit, 21.08.1964.

90 O.V.: Noch weht die Flagge, in: Der Spiegel, 24.06.1964; siehe weiterhin Martini, Winfried: Zwischen Reaktionären und Reformsüchtigen, in: Christ und Welt, 29.05.1964; Benckiser, Nikolaus: Die Form und die Sache, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.06.1964; o.V.: Noch weht die Flagge, in: Der Spiegel, 24.06.1964; Dönhoff, Marion: Demokraten und Soldaten, in: Die Zeit, 26.06.1964.

91 Vgl. Sello, Gottfried: Künstlerprotest, in: Die Zeit, 13.03.1964.

92 Vgl. Zimmer, Dieter E.: Bildung ohne Bücher, in: Die Zeit, 28.02.1964.

93 Siehe bspw. Strobel, Robert: Zensuren für die deutsche Wissenschaft, in: Die Zeit, 06.03.1964.

94 Siehe Bahrdt, Hans Paul: Gelehrte müssen sich verständlich machen, in: Die Zeit, 13.03.1964.

95 Vgl. dazu den Beitrag von Sören Messinger in diesem Band.

sich nur wenige vorstellen können.“⁹⁶ Auch der Soziologe Ralf Dahrendorf konstatierte einen „Modernitätsrückstand“, weil die Bundesrepublik „unter allen modernen Gesellschaften das Land ist, in dem am wenigsten von den Ungleichheiten der sozialen Chancen gesprochen wird und diese Ungleichheiten dennoch ausgeprägter sind als andernorts“.⁹⁷

Von Picht ging wenig später im Mai 1965 der bis dahin größte Studierendenprotest der Republik aus. Nur kurze Zeit nach seinen Mahnungen hörte man Dahrendorf über „die neue Bewegung der Kulturpolitik“⁹⁸ frohlocken: „In diesem Sommer ist das scheinbar Unmögliche wirklich geworden: die deutsche Kulturpolitik ist in Bewegung geraten.“⁹⁹ Pichts alarmistische Ausrufung einer Bildungskatastrophe stieß auf ungeheure Resonanz, sodass es noch im selben Jahr „im Wettstreit der Parteien wie auch der Länder und des Bundes nur noch darum geht, *wie* die von keiner Seite mehr bestrittene Priorität der Bildungsaufgaben durchgesetzt werden soll“¹⁰⁰. Noch im Juni 1964 kam es zu einem Bundes-Länder-Abkommen zum gemeinsamen Ausbau von Universitäten und der Bedürftigenförderung für Studierende. Jedenfalls: Heye, Picht & Co. regten mit ihren Einwürfen zum Nachdenken über die Zustände zentraler Gesellschaftsbereiche an, die Reaktionen auf ihre Kritik unterstreichen zudem die wachsende Qualität der öffentlichen Meinung im Sinne eines pluralistischen Meinungsaustauschs.

Etlche weitere Vorkommnisse wirkten sich 1964 auf den Modernitätsanstieg der westdeutschen Gesellschaft aus. Im Anschluss an den amerikanischen „Terry-Report“, der erstmals einen Zusammenhang zwischen Zigarettenkonsum und Lungenkrebs wissenschaftlich nachgewiesen hatte, begann Rauchen statt als harmlose Gewohnheit zunehmend als tödliches Vergnügen ins Bewusstsein zu rücken – seither galt die gesundheitsgefährdende Wirkung von Zigaretten als unumstößliches Wissen der Medizin.¹⁰¹ Die Zigarettenindustrie reagierte darauf in ihrer Werbung, „im Rauch nikotinarm“ („Krone“ u. „Carlton“), „Genuß im Stil

96 Picht, Georg: Zwei Millionen Schüler mehr – Woher sollen die Lehrer kommen?, in: Christ und Welt, 31.01.1964.

97 Dahrendorf, Ralf: Arbeiterkinder an unseren Universitäten, in: Die Zeit, 26.06.1964.

98 Dahrendorf, Ralf: Expansion oder Reform, in: Die Zeit, 02.10.1964.

99 Ebd.

100 Höpker, Wolfgang: Der Schock eines Schlagworts, in: Christ und Welt, 18.12.1964 (Herv.i.O.).

101 Siehe etwa o.V.: Raucher leben gefährlich, in: Die Zeit, 17.01.1964; o.V.: Wie gut, in: Der Spiegel, 22.01.1964; Cyran, W.: Kein Freispruch für die Zigarette, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.03.1964; o.V.: Zur Pfeife und zurück, in: Der Spiegel, 03.06.1964.

der neuen Zeit – aromareich im Geschmack und nikotinarm im Rauch“ („Lord Extra“). Nachdem sich schon 1963 Umfragen zufolge die westdeutsche Gesellschaft in zwei gleich große Lager (von jeweils um die 45 Prozent) der Pillen-Gegner und -Befürworter geteilt hatte,¹⁰² ließen sich 1964 entschiedene Meinungen vernehmen; so galt es als „Till Eulenspiegelei, die Schwangerschaftsverhütung noch immer pauschal zu verurteilen, wenn sie von fast zwei Dritteln der Bevölkerung längst geübt wird“¹⁰³, weshalb selbst die katholische Kirche nicht mehr um eine Stellungnahme umhin kam,¹⁰⁴ wohingegen Vertreter der evangelischen Kirche bereits öffentlich die Schwangerschaftskontrolle durch die Pille bejahten.¹⁰⁵

Gegenüber dem Vorjahr verdoppelte sich die Anzahl von Demonstranten und Kundgebungsteilnehmern im Jahr 1964 von rund 50.000 auf 100.000; Ostermarschaufrufe trugen 1964 nicht mehr bloß 2000, sondern 8400 Unterschriften, am Marsch nahmen viele Schüler und Studierende teil.¹⁰⁶ Seinerzeit eine von der schweigenden Mehrheit belächelte, in den Medien weitgehend ignorierte Veranstaltung, der sogar die noch kurze Zeit als „Anti-Atomtod“-Partei aufgetretene SPD offiziell die Unterstützung versagte,¹⁰⁷ war der Ostermarsch doch eine weitere Etappe auf dem Weg zu „68“. ¹⁰⁸ Martin Luther King, Anführer einer sozialen Bewegung in den USA, erhielt den Nobelpreis – für „seinen gewaltlosen Kampf um die Gleichberechtigung der Rassen“¹⁰⁹ –, immerhin verhaltene Signale der Solidarität mit dem in Südafrika verurteilten Nelson Mandela verrieten eine grundlegende Skepsis gegenüber der Legitimität des rassistischen Apartheidregimes.¹¹⁰ Nachdem sich der SDS bereits 1960/61 von der SPD abgespalten hatte und „zu einer Art Jakobinerclub der Studentenbewegung“¹¹¹ entwickelte, rückte

102 Siehe Noelle, Elisabeth/Neumann, Erich Peter (Hg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung. 1965-1967, Allensbach 1967, S. 50.

103 O.V.: Gleiches Recht für uneheliche Kinder, in: Die Zeit, 06.03.1964; siehe auch o.V.: Tür auf, Tür zu, in: Der Spiegel, 09.12.1964.

104 Siehe Wolf, Johann: Naturgemäß oder naturwidrig, in: Die Zeit, 03.07.1964; o.V.: Antwort im Herbst, in: Der Spiegel, 26.02.1964.

105 Siehe etwa o.V.: „Kinder nicht Hauptzweck der Ehe“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.03.1964.

106 Siehe o.V.: Marschierer, in: Der Spiegel, 08.04.1964; Hermann, Kai: „Erfolg und viele Kilometer“, in: Die Zeit, 03.04.1964.

107 Vgl. Hermann, Kai: „Erfolg und viele Kilometer“, in: Die Zeit, 03.04.1964.

108 Hierzu vgl. den Beitrag von David Bebnowski in diesem Band.

109 O.V.: Namen der Woche, in: Die Zeit, 23.10.1964.

110 Zu Letzterem vgl. den Beitrag von Lisa Brüller in diesem Band.

111 Busche, Jürgen: Die 68er. Biographie einer Generation, Berlin 2007, S. 19.

1964 der *Sozialistische Bund* in das Bewusstsein der Öffentlichkeit als eine politische Organisation links der SPD, die sich infolge der sozialdemokratischen Programmreform als Ausgangspunkt sozialistischer Politik verstand.¹¹² Während ausgerechnet der nordrhein-westfälische Ministerpräsidenten und Christdemokrat Franz Meyers die Idee äußerte, das KPD-Verbot aufzuheben,¹¹³ sorgte gleichzeitig jenseits der Mauer der bekennende Kommunist Robert Havemann für Furore: Als der „aufsässige Gelehrte“¹¹⁴, „über dessen Thesen an fast allen Universitäten der Zone diskutiert wird“¹¹⁵, avancierte er zu einem prominenten Abweichler in der offenkundigen Diktatur. Diesseits der Mauer überhörte die Bundesregierung in Bonn den Ruf nach der Wiedereinführung der Todesstrafe, der nach mehreren Morden an unbescholtenen Taxifahrern aufgekommen war und Umfragen zufolge in der Bevölkerung eine mehrheitliche Zustimmung fand.¹¹⁶

Auch nahmen 1964 mehrere Organisationen und Institutionen, die in der Folgezeit am Geschehen der Bundesrepublik teilhatten, ihre Arbeit auf: Dies reichte vom *Rat der fünf Wirtschaftsweisen zur Begutachtung der volkswirtschaftlichen Entwicklung* über die *Stiftung Warentest*¹¹⁷ hin zur *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)*. 1964 feierte die Bundesliga mit dem *1. FC Köln* den ersten deutschen Fußballmeister; mit ihr existierte ein Format, das unablässig nationale Erinnerungsmomente schuf, emotional aufgeladene Bilder produzierte und quer durch die gesamte Gesellschaft wirkte, dabei vor allem aber immer wieder durch kleine rückblickende Ausschnitte historische Momente und Stimmungen vergegenwärtigte.¹¹⁸ Im selben Jahr vollzog sich Chinas Aufstieg zur Weltmacht: Am 16. Oktober 1964 zündete die Volksrepublik ihre erste Atom bombe und präsentierte sich damit als – zumindest militärische – Weltmacht, nachdem sie sich neben Moskau als zweites Zentrum des Weltkommunismus etabliert hatte.¹¹⁹

112 Siehe etwa o.V.: Kuh und Klasse, in: Der Spiegel, 11.11.1964.

113 Vgl. Bull, Hans Peter: Aufhebung des KP-Verbots?, in: Die Zeit, 13.03.1964.

114 O.V.: Frühling auf dem Eis, in: Der Spiegel, 25.03.1964.

115 Gennrich, Claus: Havemann – Cremer – Fühmann, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.03.1964.

116 Siehe Noelle/Neumann (Hg.) 1967 (s. Anm. 102), S. 170; o.V.: Irrtum inklusive, in: Der Spiegel, 28.10.1964.

117 Vgl. hierzu den Beitrag von Stine Marg in diesem Band.

118 Vgl. Gebauer, Gunter: Die Bundesliga, in: François, Etienne/Schulze, Hagen (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte II, München 2002, S. 450-465, hier S. 465.

119 Vgl. Schöllgen 1996 (s. Anm. 77), S. 196 f.; Leonhard, Wolfgang: Hat Mao die stärkeren Bataillone?, in: Die Zeit, 15.05.1964.



Trotz des erkennbaren Modernitätskurses gab es in der Gesellschaft des Jahres 1964 noch hartnäckige Überbleibsel einer aus der Vergangenheit fortwirkenden Mentalität, deren Bewahrer vor allem die älteren, vor 1945 sozialisierten Kohorten waren. Sie waren zum Beispiel der akribischen Vergangenheitsaufarbeitung im Kontext des Holocausts überdrüssig; in Umfragen sprachen sich 1964, vor dem Hintergrund der laufenden Gerichtsprozesse gegen mutmaßliche NS-Täter, die Befragten mehrheitlich für ein Ende der Verfolgung von NS-Verbrechern aus (76 Prozent der Frauen und 63 Prozent der Männer);¹²⁰ ein CDU-Bundestagsabgeordneter forderte gar eine Generalamnestie für NS-Verbrecher.¹²¹ Nicht wenige bewerteten zudem die alliierten Bombardements als gleichwertige Delikte.¹²² Mit der Verlegung der Verjährungsfrist von NS-Verbrechen, die im November und Dezember 1964 diskutiert worden war, entschied der Bundestag 1965 gegen die Bevölkerungsmehrheit.¹²³ 1964 war eben vieles noch rückständig und reformbedürftig: der Widerwille gegenüber eines permanenten Schuldbewusstseins und ständiger Konfrontation mit Vergangenem, Abtreibungen waren verpönt, Kinder wurden mit Rohrstöcken gezüchtigt¹²⁴. Nein, 1964 existierte in ihrer „Praxis“ ganz sicher noch keine vollständig moderne Gesellschaft, wie wir sie heute kennen. Aber es befand sich doch bereits einiges im Wandel, etliche Debatten und Reformen waren angestoßen und hatten bereits begonnen, diese überkommene Gesellschaft zu verändern.

Setzt man sich als Wissenschaftler mit der Gegenwartsgesellschaft auseinander, so unterzieht man diese einer Vivisektion. Denn viele Strömungen sind noch im Fluss, ohne dass sich ihre endgültige Richtung abzeichnet, und manche Phänomene gar noch unentdeckt. Der forschende Blick in die Vergangenheit vollzieht sich hingegen unter ganz anderen Voraussetzungen: Hier ist der Ausgang gesellschaftlicher Entwicklungen und politischer Debatten in der Regel bekannt, auch liegen hierfür teils unübersehbare Mengen an Literatur vor. Das Wissen über – in diesem Fall – die 1960er Jahre ist alles andere als bruchstückhaft, die bedeutsamen Erkenntnisse scheinen dieser Zeit schon abgerungen, die wesentli-

120 Vgl. o.V.: Nazi-Verbrechen, in: Der Spiegel, 04.11.1964 (S. 26); Grunenberg, Nina: Der merkwürdige Fall Heyde, in: Die Zeit, 21.02.1964.

121 Vgl. o.V.: Keine General-Amnestie, in: Die Zeit, 15.05.1964.

122 Vgl. Siegfried 2003 (s. Anm. 26), S. 99-106.

123 Vgl. ebd., S. 99.

124 Vgl. o.V.: Züchtigung durch Mutter, in: Der Spiegel, 22.04.1964; siehe auch Wolf, Edmund: Zum Lachen oder Weinen?, in: Die Zeit, 29.05.1964.

chen Schlüsse gezogen zu sein. Daran wird auch dieses Buch nichts ändern. Ist der erneute Fokus auf diese Dekade, noch dazu auf ein einzelnes Jahr, so könnte nun ein Einwand lauten, dann nicht eine Sackgasse, überflüssig, vergeudete Mühe? Indes: Gerade eine große Wissensfülle erfordert eine kritische Überprüfung; festgefügte Kenntnisse können schnell den Weg zu alternativen Deutungen und Sichtweisen versperren, die jedoch manchmal für Korrekturen und Ergänzungen nötig sind. Außerdem, so heißt es in einem der vielen Bücher zum Thema, hätten anhaltende Kontroversen trotz der zahlreichen Studien zum 68er-Komplex gezeigt, „wie wenig abgesichert die Kenntnisse und Deutungen dieses Phänomens nach wie vor sind“¹²⁵.

Dass der Weg zu den Eruptionsjahren 1967/68 lang war und sich zur Mitte der 1960er Jahre beschleunigte, ist gegenwärtig Konsens unter den einschlägig mit diesem Thema befassten Forschenden. Jedoch lässt sich, wie gezeigt, insbesondere das Jahr 1964 als Schwerpunktjahr sozialen und politischen Wandels ausmachen. In diesem Jahr gab es ein Sammelsurium von Phänomenen, die charakteristisch oder voraussetzungsvoll für den Topos „68“ sind, jedoch eben nicht erst in jenem Jahr auftraten. Freilich gab es auch noch eine ganze Menge Überkommenes, das Alte war noch nicht völlig verschwunden: Lübke war ein weiteres Mal zum Bundespräsidenten gekürt worden, Adenauer gleichfalls zum CDU-Vorsitzenden, Sepp Herberger amtierte noch immer als Bundestrainer. 1964 allerdings im Rahmen eines einzelnen Buches in seiner ganzen Bandbreite zu erfassen, ist freilich ein nahezu aussichtsloses Unterfangen. Deshalb greift der vorliegende Sammelband aus der Masse der unzähligen Ereignisse eine Auswahl heraus, die das Besondere dieses Jahres pointiert illustriert und an der sich Kraft und Tragweite des sozialen und politischen Wandels zeigen.

125 Hodenberg, Christina v./Siegfried, Detlef: Reform und Revolte. 1968 und die langen sechziger Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: dies. (Hg.): Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2006, S. 7-14, hier S. 8.

